

Die Krippendebatte – ein Exkurs

In einem Bändchen über „moralische Grundbegriffe“ denkt der Philosoph Robert Spaemann auch über Erziehung nach. Er schreibt: „Nur an einer Wirklichkeit, die uns Widerstand leistet, können wir unsere Kräfte entwickeln.... Der Erzieher hat die Aufgabe, das Kind an die eigenständige und widerständige Wirklichkeit heranzuführen. Die Mutter ist im allgemeinen die erste eigenständige Wirklichkeit, der das Kind begegnet. Und so ist dafür gesorgt, dass die Wirklichkeit zunächst als hilfreich und freundlich erfahren wird. Die Stiftung dieser Grunderfahrung – die Psychologie spricht vom Urvertrauen – ist das Wichtigste, was Erziehung überhaupt zu leisten hat. Denn wer auf eine Erinnerung an eine heile Welt zurückgreifen kann, wird leichter mit der unheilen fertig.“

Urvertrauen schaffen, emotionale Stabilität sichern, aktive Kommunikation pflegen – wer das Kindeswohl vor Augen hat, der wird einer Betreuung den Vorzug geben und sie auch anstreben, die diese Voraussetzungen erfüllt. Das ist nur bei einer individuellen Betreuung möglich und die beste individuelle Betreuung leistet in der Regel die Mutter. Die Debatte über die Krippenoffensive in Deutschland, die eigentlich schon vor Installierung der Großen Koalition auf kleiner Flamme gekocht, mit der neuen Frauenministerin Ursula von der Leyen aber seit fast zwei Jahren mit hohem emotionalem Engagement geführt wird, wird dieser Anforderung nicht gerecht. Kein Wunder, es geht bei ihr auch nicht um das Kindeswohl, sondern um die Arbeitskraft der Frau. Diese Arbeitskraft, meist gut ausgebildet und preiswert, soll freigesetzt werden – für die Betriebe, nicht für das Kindeswohl.

Diese Überlegung bestimmt den Duktus der Debatte. Insofern verdichten und vermengen sich in dieser Debatte ideologische Vorgaben mit echten sachlichen Problemen und Lebensfragen junger Menschen, die Eltern sind oder werden wollen. Ein Ausbau der Betreuungsstruktur ist notwendig, weil viele Eltern aus wirtschaftlichen Gründen heute gezwungen sind, beide erwerbstätig zu sein. Das umso mehr, seit die Große Koalition die wirtschaftliche Basis der Familien deutlich geschmälert hat (Kürzung Kindergeld um zwei Jahre, Kürzung Pendlerpauschale, Streichung Eigenheimpauschale, Erhöhung der Öko- und vor allem der Mehrwertsteuer). Aber ein einseitiger Ausbau der Krippenstruktur wirft auch die Frage der Gerechtigkeit auf, weil der Ausbau in der Folge nur einem Teil der Elternschaft zugute kommt und deshalb nur diesen Teil subventioniert. Die Finanzierung, der wirkliche Bedarf, die Wirkung – wie in einem Brennglas konvergieren hier Absichten, Pläne und Prioritäten der Familienpolitik.

Das moderne Krippenspiel entscheidet sich in einem Kreis von vier, fünf Schlüsselbegriffen. Diese wären zu versachlichen. Dazu gehören die Qualitätsfrage, eine ehrliche Definition der Wahlfreiheit, die tatsächliche Meinung der Bürger, die Wirkungen der Krippenbetreuung, schließlich die Kostenfrage, dazwischen immer wieder auch der faktische Blick ins Ausland.

Eigentlich ist dieser aktuell notwendige Ausbau in einer familienpolitischen Abhandlung nicht viel mehr als eine Fußnote wert. Aber weil so viele Fragen andersgeleiteter Interessen in die Krippendebatte einfließen, ist ein Exkurs in Form eines eigenen Kapitels gerechtfertigt.

Das fehlende Kernstück der Debatte: Die Qualitätsdiskussion

Viel wichtiger als die Krippendebatte selbst wäre eine ausführliche Diskussion über die Qualität der Fremdbetreuung und über die Steigerung der Erziehungskompetenz der Eltern. Das ergäbe Sinn, wenn man das Kindeswohl im Blick hätte. Aber diese Diskussion wird ausgeklammert oder nur am Rande geführt. Der Tunnelblick ist ganz auf das Potential erwerbsfähiger Frauen gerichtet. In diesem Sinn sind die Kinder ein Störfaktor. Sie müssen in eine Schublade der Republik, eine jener Organisationsformen, von denen man sich das Heil oder wenigstens die Beseitigung störender Faktoren für die Produktion erwartet. Wofür früher die Familie zuständig war, das soll jetzt der Staat richten. Ob es dabei, also in Krippen, Altenheimen und Pflegeanstalten, menschlich zugeht, ist zweitrangig. Und diese ökonomistische Sichtweise führt zum Verrat an der Familie und verengt die Aussicht in die Zukunft. Denn aus den bisherigen fünf Kapiteln ergibt sich, dass eine Politik von der Bildung von Humanvermögen ausgehen müsste, wenn sie menschlich und zukunftsorientiert wäre.

Aber es gibt sie noch, Politiker, die diese Problematik sehen. Alois Glück, Präsident des Bayerischen Landtags und Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission, fordert diese Qualitätsdebatte und zugleich eine Überprüfung der politischen Prioritäten. Die einseitige Fixierung auf die Erwerbsarbeit und die Präferenz für rein wissenschaftlich-technische Zukunftsstrategien seien faktisch Garanten für einen weiter anhaltenden Kinderschwund in Deutschland. Aber das sind Einzelstimmen, sie gehen im Chor der Ministerpräsidenten ebenso unter wie im Orchester von Innovationsrat, Parteiengremien und Kabinetten. Eine Ausnahme bildet in der Tat auch die Partei, der Alois Glück angehört, die CSU. Sie hat den Entwurf des Grundsatzprogramms aufgrund einiger nicht-veröffentlichter Umfragen und Vorschläge aus den eigenen Reihen verändert und ist die einzige Partei, die den Rechten der Eltern sowie der Betreuung und Erziehung der Kinder durch die Eltern Vorrang einräumt. Damit steht sie eindeutig in Gegensatz zur CDU und vor allem der Politik der Bundesfrauenministerin. Die CSU erweist sich damit als Volkspartei, was man von der CDU schon lange nicht mehr so uneingeschränkt sagen kann.

Betroffen sind von der Krippendebatte die Kinder. Was würden sie darüber sagen? Der bekannte Kinderpsychologe, Forscher und Philosoph Zdenek Matejcek, bekannt geworden vor allem durch seinen aufrüttelnden Film „Kinder ohne Liebe“, meinte dazu: „Die Kinderkrippe ist eine Einrichtung von Erwachsenen und Kinder würden sie sich nie selber ausdenken. Der Kindergarten ist dagegen eine Einrichtung für Kinder und sie würden ihn sich

notfalls in irgendeiner Form selber schaffen“. Das wird durch jüngere Forschungsarbeiten gestützt, zum Beispiel durch eine vergleichende Untersuchung von Kindern, die während Phasen hoher Arbeitslosigkeit (gerade der Mütter) geboren wurden und solchen, die in Zeiten von Vollbeschäftigung (der Mütter) zur Welt kamen. Die Ergebnisse (veröffentlicht im Quarterly Journal of Economics, 2004, Seiten 1091-1130) zeigen unter anderem, dass die Kinder, die in den ersten Jahren bei der Mutter aufwachsen und deren Mütter sich auch schon während der Schwangerschaft intensiver auf das Kind vorbereiten konnten, mit signifikant besseren Gesundheitsdaten aufwarteten. Auch die kognitiven Fähigkeiten der Kinder werden stärker entwickelt als bei Krippenkindern (Demography, Vol.39, Nr. 2, 2002, Seiten 369-392) und deutlich sind auch die stärkeren Verhaltensauffälligkeiten bei (ehemaligen) Krippenkindern (Child Development, Vol. 78, Nr. 2, 2007, Seiten 681-701). Die Liste der Vorteile von Kindern, die in den ersten Jahren von ihren Müttern erzogen wurden, ließe sich leicht verlängern, allerdings vorwiegend mit Forschungsergebnissen aus dem Ausland.

Auch in Deutschland wird geforscht, aber die Ergebnisse werden nicht oder kaum öffentlich diskutiert. Sie passen nicht in das Mainstream-Denken, werden schlicht ignoriert oder nicht selten uminterpretiert. Das hat schon eine gewisse Tradition, die bis in Kohl'sche Regierungszeiten zurückreicht. So forderten zum Beispiel 1989 drei kinderärztliche Verbände, „weit größere Anstrengungen auf eine kinderorientierte Familienpolitik zu richten“ und wandten sich „mit aller Entschiedenheit gegen die am 16.1.89 verlautbarte Absicht der Bundesministerien, die Kindergärten für Kinder schon ab vollendetem 2. Lebensjahr zu öffnen und damit bundesweit ein neues System institutioneller Ganztags-Fremdbetreuung für Kleinstkinder mit Krippencharakter einzurichten“.

Die protestierende Forderung der Fachleute blieb folgenlos. Man braucht sich nicht zu wundern, dass die Qualitätsdebatte in Deutschland ausbleibt, wenn schon die Wirkungen der Fremdbetreuung kaum thematisiert werden. Qualität und Wirkung sind eng miteinander verwoben. Das politisch-mediale Establishment glaubt auch ohne die Diskussion darüber auszukommen. Wer dagegen Krippen als Notlösung oder Provisorium ansieht, wird versuchen, die negativen Wirkungen dieser Form der Fremdbetreuung zu neutralisieren. Wer sie als Ziel oder gar als das Non-plus-ultra der Familienpolitik betrachtet, wie das im Moment beim derzeit zuständigen politischen Personal der Fall ist, der wird leichtfertig darüber hinweggehen und versuchen, warnende Stimmen medial niederzuwalzen. Der seit Beginn der Krippenoffensive von der Bundesregierung geführte Kampf um die Lufthoheit über Kinderbetten ist ein Kampf um mediale Meinungsführerschaft, nicht um das Kindeswohl. Bei dieser Meinungsführung geht es darum, dem Arbeitsmarkt, der Berufstätigkeit der Frau außer Haus und der Selbstrechtfertigung eines bestimmten Lebensstils Priorität einzuräumen und diese so zu sichern, dass es immer genügend Frauen gibt, die sich ausbeuten lassen.

Selbstverständlich gehört zur Krippendebatte auch die Diskussion um die Schadensbegrenzung der Fremdbetreuung. In diesem Sinn sind die auf dem Symposium des Familiennetzwerks in Frankfurt im Mai 2007 vorgetragenen und vom SPIEGEL in einem Artikel über den Kongress absichtsvoll verdrängten Gedanken des britischen Bindungsforschers Sir Richard Bowlby, Sohn des Begründers der Bindungsforschung John Bowlby und Leiter des Centre for Child Mental Health in London, wegweisend. Er schreibt:

„Bindungsforscher wissen schon seit langem um den traumatischen Effekt, der entsteht, wenn Babies und Kleinkinder sich für zehn Tage und länger ohne Bezugsperson in Krankenhäusern oder Kinderheimen aufhalten müssen. Neuerdings machen sich die Forscher Gedanken darüber, ob nicht der tägliche Aufenthalt in Tagesstätten ohne feste Bezugsperson einen ähnlichen Effekt haben kann“. Forschungsergebnisse wiesen darauf hin, dass „Babies und Kleinkinder unter 30 Monaten in Fremdbetreuung der Trennung besser gewachsen sind, wenn sie eine stabile Beziehung zu einer Betreuerin / einem Betreuer entwickeln, die / der dadurch zur sekundären festen Bezugsperson wird. Wenn diese Betreuungsperson konstant und zuverlässig erreichbar ist, ist es eher unwahrscheinlich, dass solche Kleinkinder die negativen Konsequenzen der wiederholten Trennung von ihrer primären Bezugsperson erfahren – emotional benachteiligte Kinder können sogar davon profitieren, eine sichere sekundäre Bindungsbeziehung zu haben“.

Aus solchen Erkenntnissen ergibt sich eine Schlussfolgerung wie von selbst: Wenn schon Krippe, dann mit einem Betreuungsschlüssel, der eine kontinuierliche Betreuung überhaupt zulässt. Eine weitere Schlussfolgerung für eine Qualitätsdebatte ergibt sich aus den Erkenntnissen der Neurologie und Entwicklungspsychologie: Wenn schon Krippe, dann mit einer entsprechenden Ausbildung für das Betreuungspersonal. Aber über solche Schlussfolgerungen wird kaum diskutiert. Warum? Weil entsprechende Maßnahmen zu viel kosten würden und weil sie nicht in das ideologisch fixierte Denken der führenden Familienpolitiker passen.

Der Bedarf und die angebliche „europäische Vorgabe“

Eigentlich sollte es in einer Demokratie, supra-subsidiär gesehen, ja so sein wie in einem normalen Haushalt: Jede vernünftige, ordentliche Hausfrau – das ist die große Mehrheit aller Hausfrauen - überlegt vor dem Einkauf, was die Familie beziehungsweise der Haushalt braucht. Dann schaut sie ins Portemonnaie und setzt Prioritäten. In der Familienpolitik gilt das offenbar nicht. Dort wird gesagt, was man haben will, ob es vernünftig ist oder nicht. Das ist der feine Unterschied zwischen Familie/Haushalt und autoritär-ideologischer Politik. Man verfolgt Ziele ohne zu fragen, ob die Menschen das auch wirklich so wollen und ob es gut ist für alle Beteiligten. Die Prioritäten in Berlin setzt die Ideologie, dann kommt die Diskussion und die verläuft entsprechend, um nicht zu sagen, das Geschrei verläuft nach wie vor klassisch. Reflexartig wird auf Stichworte reagiert ohne den Kontext

wahrzunehmen. Die Masse, das Geschrei wird es schon richten. In diesem Sinn glaubten im Frühjahr 2007 die Vertreter des bunten Blocks der autonomen Familiengegner auch schon die Oberhand gewonnen zu haben über andere eher sachbezogene Meinungen, als der Augsburger Bischof Walter Mixa rief: Der Kaiser ist ja nackt. Das Establishment war im Nerv getroffen. Die nackte Tatsache ist eben das Bestreben, alles in Funktion der Arbeit, der Produktion, des wirtschaftlichen Wachstums zu sehen. Insofern hat eine Sonntagszeitung recht, wenn sie diese Debatte auch als „Kulturkampf“ bezeichnet. Auf der einen Seite geht es um die Produktion, um die Vorfahrt für die Arbeit, also um die Sache, auf der anderen um die Person, um den Vorrang für die Beziehung, also um den Menschen.

(...)

Schon eine kurze Bedarfsrechnung zeigt, wie ideologisch die Debatte von den Vertretern des Berliner Establishments geführt wird: Frau von der Leyen will in den nächsten sechs Jahren 500.000 Krippenplätze zusätzlich schaffen, insgesamt ergäben das 750.000. Generalsekretär Pofalla redet fälschlich sogar von einer Steigerung „um 750.000“ (zum Beispiel in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 8.7.07). Damit läge man dann bei einer Quote organisierter Ganztagsbetreuung von 35 Prozent, so wie die EU es vorsehe. Zunächst: Die EU sieht in ihrer unverbindlichen Barcelona-Resolution zwar einen Schätzwert von 33 Prozent vor, eine Empfehlung, die sich außerdem nach den Bedürfnissen in jedem Land richten sollte. Wörtlich heißt es in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats vom 15. März 2002 für eine „verstärkte Beschäftigungsstrategie“ unter Punkt 32:

„Die Mitgliedstaaten sollten Hemmnisse beseitigen, die Frauen von einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten, und bestrebt sein, nach Maßgabe der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und im Einklang mit den einzelstaatlichen Vorgaben für das Versorgungsangebot bis 2010 für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen“.

Nach Maßgabe der Nachfrage – die angeblich vorgeschriebenen 33 Prozent EU-Durchschnitt sind also ein Täuschungsmanöver, um den Bedarf amtlich festzulegen, nach Gutsherrenart. Eine seriöse Rechnung nach Maßgabe der Nachfrage sieht anders aus. Sie muß die Geburtenzahlen in Rechnung stellen und die Wünsche der Mütter. Das lässt sich errechnen:

Im vergangenen Jahr wurden wieder weniger als 700.000 Kinder geboren (nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren es 672.724). Schon 2005 lag die Zahl deutlich unter 700.000. Angesichts der schwindenden Anzahl geburtsfähiger Frauen wird die Zahl selbst bei einer anhaltenden Geburtenquote von 1,36 noch weiter sinken, die Demographen errechnen ein Absinken unter 600.000 bis Mitte des nächsten Jahrzehnts. Die medialen

Jubelrufe von einem Baby-Boom aufgrund der Weltmeisterschaftseuphorie 2006 oder der guten Konjunktur sind nicht nur verfrüht, sondern zeugen auch von erschreckender Ahnungslosigkeit bei demographischen Bewegungen. Wir werden im besten Fall schon 2013, wenn der Krippenausbau beendet sein soll, knapp 1,9 Millionen Kinder unter drei Jahren haben. Wenn ein Jahrgang das Elterngeld in Anspruch nimmt, was wahrscheinlich ist, kommen theoretisch 1,2 Millionen Kinder für Krippen infrage, das wäre dann bei 750.000 Krippenplätzen schon eine organisierte Betreuungsquote von rund 65 Prozent. Aber soviel Frauen wollen die Kinder gar nicht in die Fremdbetreuung geben, im Gegenteil, wenn sie könnten, würden sogar mehr als zwei Drittel ihre Kinder selber erziehen. Könnten die Mütter frei entscheiden, bräuchte man nur 450.000 Krippenplätze. Es wird also eine Struktur geschaffen, die auch Realitäten und Bedürfnisse schaffen soll. Dieses Bedürfnis kann man zusätzlich erzwingen, indem man die Option des Zuhause, mithin die Wahlfreiheit ökonomisch weiter einschränkt.

Zu diesem Schlüsselbegriff, der Wahlfreiheit, sollte man ehrlicher Weise sagen, dass sie per definitionem nur gegeben ist, wenn die Familie tatsächlich die zwei Optionen hat, nämlich Fremdbetreuung oder Selbstbetreuung und zwar ohne Nachteile in dem einen oder anderen Fall. Schon heute aber werden Eltern verschärft dazu gezwungen, zu zweit einem Erwerbsberuf außer Haus nachzugehen, weil die Große Koalition durch ihre familienfeindlichen Kürzungen (Eigenheimzulage, Kindergeld, Pendlerpauschale) und Erhöhungen (Ökosteuern, Mehrwertsteuer) den Entscheidungsspielraum der Familien existentiell eingengt hat. Echte Wahlfreiheit würde bedeuten, diesen Spielraum zu vergrößern, und zwar nicht nur im Sinne eines auf diese Zwänge eingehenden erhöhten Betreuungsangebotes, sondern auch im Sinne des Bundesverfassungsgerichts, das aus Gründen der Gerechtigkeit die erzieherische Leistung der Familien anerkannt sehen will. Karlsruhe spricht hier von einem „generativen Beitrag“, den die Eltern für die Bestandserhaltung der Sozialsysteme erbringen und fordert im übrigen Wahlfreiheit „bei der Art der Kinderbetreuung“.

Die CDU hat das früher auch einmal so gesehen und in ihrem Wahlprogramm sogar in Zahlen gefasst, etwa den steuerlichen Freibetrag von 8000 Euro/Jahr pro Person einer Kernfamilie oder von 50 Euro/Monat Abzug pro Kind beim Rentenbeitrag. Aber daran hat die Große Koalition offensichtlich kein Interesse, obwohl die finanzielle Situation wegen der günstigen Konjunktur dies durchaus ermöglichte. Wenn aber die wirtschaftlich ohnehin schmale Basis noch weiter geschmälert wird, so wie das aktuell geschieht, dann kann man von Wahlfreiheit für alle nicht mehr sprechen. Man kann sich nur schwer des Verdachts erwehren, dass der Zwang zur Erwerbsarbeit gewollt ist. Frau Merkel sagt es so: „Wir können uns einfach nicht damit zufrieden geben, dass ein guter Teil unserer jungen Akademikerinnen, aber auch der Akademiker, keine Kinder haben.“ Es geht sicher auch um mehr Kinder, was angesichts der demographischen Entwicklung ein legitimes Petition ist, das aber nicht mit

einer einseitigen Wahlfreiheit und einer diskriminierenden Auswahl vor der Geburt verbrämt werden sollte.

Wahlfreiheit ist die freie Wahl zwischen zwei Optionen. Zu ihr gehört auch der Wunsch der Mutter. Hier sind noch weitere Zahlen bekannt, die sich auf diese Wünsche der Frauen (übrigens die leichte Mehrheit der Wähler) beziehen. Zum Beispiel, dass gerade mal siebzehn Prozent der Frauen in Deutschland der Meinung sind, Kinder seien in der Krippe am besten aufgehoben. Über achtzig Prozent (81,2) der Befragten halten die Erziehung durch die Eltern dagegen am besten. Die Zahlen wurden von ipsos, dem viertgrößtem und auf gesellschaftspolitische Probleme spezialisierten Umfrage-Institut der Welt, ermittelt und zwar im Auftrag des Familiennetzwerkes, das diese Zahlen auch auf seiner Internetseite veröffentlicht (www.familie-ist-zukunft.de).

Richtig kritisch wird es für die Ideologen um Frau von der Leyen, wenn man auch die weiteren Zahlen aus dieser Umfrage auf das politische Handeln bezieht. Denn hier geht es um die echte Wahlfreiheit, die ja nur gegeben ist, wenn die Frauen nicht verarmen, falls sie sich für die Erziehung und Familienarbeit entscheiden. Gut zwei Drittel der Frauen in Deutschland (69,2 Prozent) würden ihr Kind in den ersten drei Jahren selber und zuhause erziehen, wenn man ihnen das Geld gäbe, das ein Krippenplatz kostet (je nach Land und bereits vorhandener Infrastruktur kostet ein Krippenplatz zwischen 700 und 1300 Euro pro Monat). Hier würde der Staat ein doppeltes Geschäft machen. Zum einen würde einiges von diesem Geld in Form von Konsumsteuern zurückfließen. Würde man es als Erziehungslohn auszahlen, flösse noch mehr zurück und zwar in Form von Lohnsteuern und Sozialabgaben. Die Frauen könnten eine eigene Erwerbsbiographie aufbauen, die drei Jahre wären selbst unter rein emanzipatorisch-feministischen Gesichtspunkten nicht verloren, unter pädagogischen sowieso nicht und dem Aspekt des Kindeswohl und der Humanvermögensbildung, also auch mittelfristig-wirtschaftlichen Interessen gesehen auch nicht. Nur ein gutes Viertel der Frauen (26,2 Prozent) würde unter diesen Voraussetzungen mit dem Geld eine Fremdbetreuung (Krippe, Tagesmutter) bezahlen.

Und jetzt die Überraschung: Wenn man zu dem Geld auch noch eine Rückkehrgarantie in den Erwerbsberuf anböte, dann würden nach drei Jahren nur 40,4 Prozent der Frauen in den Beruf zurückkehren wollen, aber 70,1 Prozent würden damit lieber warten, bis das Kind in die Schule geht. Bei echter Wahlfreiheit würde sich also die große Mehrheit der Frauen und Mütter für das Kind entscheiden. Und die meisten würden auch nach dem Schulbeginn einen Teilzeitjob befürworten, die Hälfte dabei nicht länger als 20 Stunden pro Woche außer Haus arbeiten wollen.

Fazit: Es stimmt einfach nicht, wenn man in Berlin behauptet, die Frauen seien nur glücklich, wenn sie einem Beruf ausser Haus nachgingen.... Alles wird vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit diskutiert, vor allem in den Medien, ganz selten wird von dem Glück und der Erfüllung

gesprächen, die Kinder mit sich bringen. Dazu passt eine andere Erkenntnis der Umfrage: Je gebildeter die Frau – man könnte auch sagen: je mehr ihr Familienbild durch die Lektüre von Fachzeitschriften und den Konsum der Medien geprägt, um nicht zu sagen verdorben ist – umso eher neigt sie zur früheren Rückkehr in den Beruf, jedenfalls intellektuell und solange sie den emotionalen Faktor der Mutter-Kind-Beziehung noch nicht entdeckt hat. Das belegen schon die zahlreichen Bücher von Frauen, die ein durchaus etabliertes manchmal auch feministisches, Berufsleben führten und dann Mutter wurden, etwa Daphne de Marneffe (Die Lust, Mutter zu sein) oder Catharina Aanderud (Schatz, wie war dein Tag auf dem Sofa) oder auch Iris Radisch (Die Schule der Frauen – Wie wir die Familie neu erfinden).

Aus all diesen Zahlen ergibt sich nun eine ganz andere Berechnung für den echten Bedarf an künftigen Krippenplätzen. Derzeit gibt es rund 285.000 Krippenplätze. Frauenministerin von der Leyen will bis 2013 zusätzlich noch 500.000 Plätze schaffen. Aber werden die 785.000 Plätze wirklich gebraucht? Wenn man die Voraussetzungen oder Wünsche der Frauen erfüllte, dann bräuchte man sehr viel weniger Plätze. Wir werden nämlich im Jahr 2013 etwa 1,9 Millionen Kinder unter drei Jahren haben, wenn die Geburtenquote nicht noch weiter sinkt, was leider wahrscheinlich ist. Bei einem Drittel der Kinder sind, wie gesagt, die Voraussetzungen durch das Elterngeld halbwegs (nur bei Berufstätigen) erfüllt. Dieses Drittel wird zuhause erzogen werden, bleiben also noch 1,3 Millionen und davon würden wiederum mindestens 70 Prozent kostenneutral zuhause betreut, wenn die Politik sich dazu entschließen würde, die Wünsche der Frauen den Wünschen der Wirtschaft (nach gut ausgebildeten und preiswerten Fachkräften, also Frauen) vorzuziehen und das Geld statt in den Krippenausbau in die Hände der Mütter investierte. In diesem Fall beliefe sich der Gesamtbedarf auf großzügig berechnet 410.000 Plätze, das machte einen zusätzlichen Bedarf von 140.000 Plätzen. Legt man die Zahlen des nordrhein-westfälischen Frauen- und Integrationsministers Laschet oder auch die der rotgrünen Regierung beim Ausbau des Krippensystems zugrunde, dann liegt man bei 1,5 Milliarden Euro für eine Fremdbetreuungsquote von gut 20 Prozent. Mehr wird nicht gebraucht, wer mehr will, tut dies nicht „nach Maßgabe der Nachfrage“, sondern aus ideologischen Gründen.

Das Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit macht noch eine detailliertere Rechnung auf, indem es zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheidet. Ausgehend davon, dass im Osten eine flächendeckende Betreuungsinfrastruktur bereits gegeben ist, legt es nur den westdeutschen Anteil an den Geburtenzahlen zugrunde, also rund 585.000 Kleinstkinder. Davon entfällt ein Drittel wegen des Elterngeldes. Bleiben maximal rund 350.000 zu betreuende Kinder. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums gibt es im Westen 121.000 Betreuungsplätze, bliebe also eine Lücke von 230.000 Plätzen falls alle Eltern ihr Kleinkind ab dem zweiten Jahr in eine Krippe geben wollten. Der Bedarf an 750.000 Krippenplätzen sei rechnerisch nicht nachzuvollziehen. Hier handele es sich

um eine ideologisch bestimmte Vorgabe. Wenn man nun diese tatsächliche potentielle Lücke von 230.000 vor dem Hintergrund der ipsos-Umfrage betrachte, deren „Daten sich teilweise genau mit vergleichbaren, noch umfangreicheren Untersuchungen in der Vergangenheit“ deckten, ergäbe sich eine tatsächliche Bedarfszahl zwischen 20.000 und 120.000 Plätzen, je nachdem welche Optionen der Staat anböte (Zahlung familiärer Betreuung, gesicherte Rückkehr auf den Arbeitsplatz, zeitweise Unterstützung durch Krippen oder Kombination von allen drei Optionen). Eine Statistik zur tatsächlichen Nutzung der Krippenplätze liefert in der Tat ein überraschendes Ergebnis: Nicht einmal die Hälfte der Krippeneltern lassen ihre Kinder ganztags - d.h. mehr als 7 Stunden - betreuen, obwohl sie dazu die Möglichkeit hätten.

Eine weitere Umfrage der Innofact AG unter 1.071 Müttern hat diesen Tenor bestätigt und ergeben, dass zwar 82 Prozent der Deutschen einen Ausbau der Krippenbetreuung für sinnvoll halten, und auch im vermeintlich traditionelleren Westen der Republik sind es nach einer Emnid-Umfrage für den Sender N24 immerhin 78 Prozent, aber das heißt noch lange nicht, dass die Krippe als das Nonplusultra gilt: 72 Prozent der Westdeutschen finden die Betreuung der Kleinsten durch Mutter und Vater am besten. Im Osten gibt eine knappe Mehrheit der Krippe den Vorzug. 86 Prozent aller Deutschen finden zugleich, dass die Arbeit nicht-erwerbstätiger Mütter zu wenig gewürdigt wird. Wer hier eine Kluft zwischen den Generationen vermutet, täuscht sich: Selbst von den Frauen unter 30 wünscht sich die übergroße Mehrheit mehr Anerkennung für die Hausfrauen unter den Müttern.

Mit anderen Worten: Wenn es echte Wahlfreiheit gäbe, dann bräuchte man großzügig gerechnet in zwei, drei Jahren allenfalls 250.000 zusätzliche Krippenplätze (selbst der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff geht nur von 300.000 und nicht von 500.000 aus, wie er in einem Interview mit der WELT vom 9.7.2007 einräumt). Denn mit dann 535.000 Plätzen würde man zwei Drittel des theoretisch möglichen Bedarfs decken (ein Drittel deckt das Elterngeld), aber weit mehr als hundert Prozent des wahrscheinlichen Bedarfs. Wer mehr schafft, riskiert britische Verhältnisse. Dort bleiben heute schon 25 Prozent der Krippenplätze leer. Sie werden nicht gebraucht, die Mütter wollen, wenn immer sie können, ihre Kinder selber erziehen. Der wirkliche Bedarf liegt woanders: Bei der Wirtschaft, die alle jungen gut ausgebildeten Frauen glaubt mit Hilfe der Politik in den Erwerbsberuf schleusen zu müssen.

Festzuhalten bleibt: Die offiziellen Zielvorgaben sind allesamt illusorisch und nur zu verstehen, wenn man das „eigentliche Ziel“ der schwarz-roten Familienpolitik aus dem Koalitionsvertrag erkennt: Die Steigerung der Frauengenauer gesagt der Müttererwerbsquote.

Zur Wirkung der Krippenbetreuung

Was nun die Wirkung der Krippenbetreuung angeht, so sagen selbst regierungsnahe Experten und Berater, dass man frühestens ab 18 Monaten ein Kind von der Mutter trennen sollte. Wassilios Fthenakis, Gutachter der Bundesregierung und überzeugter Krippenbefürworter, drückt es so aus: „Die Bindungsqualität ist heute genauso wichtig wie früher... Die Eltern lassen sich durch nichts ersetzen... Man kann aber das Aufwachsen des Kindes bereichern, wenn es in eine Einrichtung von hoher Qualität geht“. Diese Einrichtungen gibt es vielleicht als Pilotprojekte oder Einzelfälle. Ansonsten ist Deutschland Qualitätswüste und tobt hier ein auch politisch gesponserter Expertenkrieg, bei dem sich die Bindungsforscher in Deutschland erstaunlich zögerlich verhalten, während sie im Ausland immer deutlicher vor den Folgen der Fremdbetreuung warnen, etwa in Großbritannien, aber auch in Frankreich und Schweden. Für ideologiefreie Bindungsforscher ist klar: Fremdbetreuung ist Risikobetreuung. Das wurde auf dem Symposium des Familiennetzwerkes im Mai 2007 an der Universität Frankfurt deutlich. Nur ideologisch ist es zu verstehen, wenn die Familienministerin empfiehlt, die Kinder „in professionelle Hände zu geben“. So redet man, wenn man social engineering betreibt und nicht nur die liebende Beziehung zwischen Mutter und Kind außer Acht lässt, sondern auch die Bindungsqualität als zweitrangig ansieht. Es kommt aber, wie die Bindungsforschung in zahlreichen Studien ergeben hat und hier besteht weitgehend Konsens, auf die individuelle Förderung an und niemand kann individueller fördern als die Mutter. Die professionellen Erzieherinnen verrichten einen Job, sicher oft mit viel Hingabe, aber dennoch nur acht Stunden lang. Die Mutter liebt, wenn es sein muss, rund um die Uhr. Schon darin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen Betreuung und Erziehung. Hinzu kommt, dass die Förderkapazität bei sechs, sieben Kindern erschöpft ist, dann gilt nur noch das Betreuungsprinzip: Sauber, satt, beschäftigt. In Krippen und Kindergärten liegt die Zahl heute schon weit höher als sieben.

In Großbritannien, wo seit einigen Jahren eine ähnliche Krippenoffensive läuft wie sie in Deutschland nun starten soll, haben die ersten Erfahrungen der „Massenkindhaltung“ nicht wenig Entwicklungspsychologen und Bindungsforscher alarmiert. Sie haben sich in Artikeln und Briefen an die Regierung gewandt und auf Folgen und Wirkungen hingewiesen, etwa dass die rechte Gehirnhälfte in der prä-verbalen Phase der Entwicklung (bis 30 Monate) starke Bindungen und Emotionen braucht, die sie in Krippen nicht bekommen kann. Emotionen werden vor allem durch Haut- und Augenkontakt vermittelt. Der australische Psychologe, Familienforscher und Bestsellerautor Steve Biddulph hat herausgefunden, dass Krippenkinder täglich gerade mal acht Minuten direkten Augenkontakt mit einer Betreuerin haben (Sunday Times, 8.4.2007). Dabei sind die Augen und der unmittelbare Gesicht-zu-Gesicht-Kontakt wesentlich für die Bindung und den Aufbau des Vertrauens durch die Aktivierung von Spiegelneuronen (jeder hat sicher schon mal das Experiment beobachtet, dass das Kleinkind die Zunge rausstreckt, wenn eine Vertrauensperson dies tut). Dadurch entsteht das Gefühl für Schutz und Sicherheit beim Baby. Das Lächeln der Mutter, die Offenheit, die Bereitschaft der bedingungslosen Annahme – das ist Kommunikation pur. Das geschieht

eben nicht nur mit Gesichtsmuskeln, sondern mehr noch mit den Augen. Das gilt auch später, wenn die Kinder in die Schule gehen. Der amerikanische Psychiater und Erfolgsautor Ross Campbell konkretisiert das in seinem Bestseller mit dem Titel „Kinder sind wie ein Spiegel“: „Wenn wir uns mit Kindern, beziehungsweise mit dem Eltern-Kind-Verhältnis beschäftigen oder einschlägige Untersuchungen studieren, wird uns klar, wie wesentlich der Augenkontakt ist. Er fördert nicht nur die Kommunikation mit dem Kind, sondern trägt auch zur Erfüllung seiner emotionalen Bedürfnisse bei. Ohne daß wir es selbst merken, ist der Augenkontakt das wichtigste Mittel, unser Kind unsere Liebe spüren zu lassen. Ein Kind braucht den Blickkontakt mit den Eltern, um emotionell versorgt zu sein. Je häufiger Eltern ihre Liebe durch Blickkontakt ausdrücken können, umso zufriedener wird ein Kind sein und umso voller ist sein emotionaler Tank.“ Und in einem anderen Buch, mit dem Titel „Teenager brauchen mehr Liebe“ ergänzt er: „Angemessener und häufiger Augen- und Körperkontakt sind zwei der wertvollsten Gaben, die Sie Ihrem Kind schenken können. Sie sind, zusammen mit gezielter Aufmerksamkeit, die wirksamsten Mittel zum Aufladen der Seelenbatterie ihres Teenagers, und sie machen ihn fähig, sein Bestes zu tun“.

Jay Belsky seinerseits schreibt im Medical Journal, daß 41 Prozent der Krippenkinder mit nur 20 Stunden Krippe pro Woche schon bindungsunsicher seien. Der weiter oben erwähnte Sir Richard Bowlby weist darauf hin, dass die unbewußten Fähigkeiten, die in dieser für intuitive Handlungen und Verhaltensweisen entscheidenden Hirnhälfte entstehen, möglicherweise mangelhaft entwickelt werden, Mängel, die gar nicht oder nur schwer zu beheben sind. Das muss die kognitive Intelligenz nicht beeinträchtigen, aber die soziale Kompetenz, die Empathie und die emotionale Intelligenz. Babies, die allzu häufig oder gar permanent im Stress leben – dauernd erhöhte Cortisol-Werte – leiden als Menschen später entweder unter Gefühlskälte oder affektiver Unreife und Aggression. Sie können ihre Gefühle kaum, nicht oder nur schwer kontrollieren. Unsichere Bindungen werden in den angelsächsischen Ländern von Kinderärzten und Psychologen als Risikofaktoren eingestuft. Bowlby: „Die gesunde Entwicklung des kindlichen Gehirns hängt von der persönlichen, eins-zu-eins liebenden Betreuung ab. Aber wir hatten noch nie ein Wirtschaftssystem noch eine Regierung, die weniger Wert auf Liebe gelegt hat als die jetzige.“ Und ganz allgemein: „Die gängigen Bindungsrisikofaktoren wie unsichere Bindung, Tagesbetreuung ohne feste Bezugsperson oder Eltern, die sich trennen, tragen häufig zu einer Reihe von sozialen und emotionalen Problemen der Kinder bei. Darunter zählen Aggressivität und Verhaltensauffälligkeiten, geringes Selbstbewusstsein, schlechte schulische Leistungen, Konzentrationsdefizite, schwache Bindungsfähigkeit, Schulschwänzen, Traurigkeit und Depression, Drogen und Alkoholmissbrauch, Selbstverletzung und Essstörungen, wenig Einfühlungsvermögen und negative Lebenseinstellung.“

Entscheidend ist die individuelle Betreuung. In Finnland und Frankreich hat man aus solchen Erkenntnissen und Erfahrungen einen doppelten Schluß

gezogen: Zum einen baut man das Institut der Tagesmutter aus und diese darf nicht mehr als vier Kinder betreuen. Apropos Ausland: Das Superbeispiel Frankreich mit seinen flächendeckenden Betreuungseinrichtungen ist nur sehr partiell beispielhaft. Zum einen wird in Frankreich vorwiegend die Subjektförderung betrieben, man gibt den Eltern das Geld in die Hand oder lässt ihnen das selbst erwirtschaftete Geld und schafft damit echte Wahlfreiheit. In Deutschland dagegen frönt man der Objektförderung, man investiert in Planstellen und Gebäude, man vertraut dem Staat und misstraut den Eltern. Zum anderen erlaubt der Lebensrhythmus in Frankreich mehr Zeit mit den Kindern zu verbringen, was die Fremdbetreuung aufwiegt und bei der Fremdbetreuung gibt man den Tagesmüttern eindeutig den Vorzug vor kollektiven Möglichkeiten. Übrigens liegt die Frauenerwerbsquote insgesamt noch unter der deutschen, was auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Studie feststellte. Und zu dem ebenfalls häufig genannten Vorbild Schweden wäre zu bemerken, dass man nun verstärkt selbst ins Ausland schaut und von der Tschechischen Republik sowie von Finnland und Norwegen lernen will. Dort wird die elterliche Erziehung bezahlt, ab 2008 bekommen nun Familien in Schweden 300 Euro monatlich, wenn sie ihr Kind zuhause erziehen. Bisher gab es staatliche Unterstützung nur für Eltern mit Job. Und vier von fünf Schweden präferieren trotz oder wegen der Erfahrungen mit Krippen die häusliche Erziehung. Offensichtlich machen die Schweden eine einfache Rechnung auf: Die Erziehung zuhause schafft in der Regel mehr Humanvermögen und ist mittelfristig auch für den Staat rentabler.

Die Kosten – eine Frage der Gerechtigkeit

Die Kosten für einen Krippenplatz sind unterschiedlich je nach Bundesland. Sie variieren in Funktion der vorhandenen Infrastruktur (ausgebaut im Osten, rudimentär im Westen) und der Personalausgaben. Die Kostenfrage wird in Deutschland die Debatte beleben, nicht die Qualitätsfrage. Letztere aber ist mit Blick in die Zukunft entscheidend. Frau von der Leyen spricht von einer Beteiligung des Bundes von vier Milliarden Euro, die ein Drittel der Kosten decken würde. Nach den Zahlen eines ihrer treuesten Verbündeten, des nordrhein-westfälischen Familien- und Frauenministers Armin Laschet, kostet ein Krippenplatz pro Jahr mindestens 16.000 Euro, wahrscheinlich aber gut 20.000 Euro. Selbst bei der sparsamen Variante entstünde bei 500.000 zusätzlichen Plätzen ein Finanzierungsvolumen von mindestens acht Milliarden Euro. Hinzu kommen die Kosten für den Aufbau der Infrastruktur.

In der von Frauenministerin von der Leyen geplanten Investition sind viele strukturelle Maßnahmen, etwa der Bau von Gebäuden, das Erschließen von Grundstücken etc. enthalten. Bei der sinkenden Kinderzahl wäre es aber politisch vorausschauender und deshalb auch klüger – und für die Kinder besser –, das Geld den besten Betreuerinnen zu geben, den Müttern. Das hätte zudem den Vorteil, dass man sich auch mal verfassungskonform verhielte und echte Wahlfreiheit ermöglichte. Und damit außerdem indirekt ein Investitionsprogramm lancierte, weil dieses Geld auch ausgegeben würde.

Natürlich ließe sich auch ein Krippenersatzgeld oder, mit anderen Worten, ein Erziehungslohn unter tausend Euro vorstellen, etwa 700 Euro steuerfrei aber sozialabgabepflichtig, an den Wünschen der Frauen würde sich vermutlich nicht viel ändern, aber man kommt in den Bereich der Finanzierbarkeit. Dagegen will man die Familien mit einem Betreuungsgeld von 150 Euro abspeisen, übe das noch nicht einmal entschieden ist und über dessen Form sich die Verfechter der staatlichen Verfügbarkeit über die Kinder noch mit denen streiten, die den Eltern mehr zutrauen. Man könnte auch auf die Idee kommen, hier einen privaten Markt entstehen zu lassen, ähnlich wie in den USA. Es würde den Arbeitsmarkt entlasten und damit auch die Sozialkassen. Viele Varianten sind möglich, wenn man der Freiheit den Raum dazu gibt. Aber gerade hier wird der enge, ideologische Charakter der Krippendiskussion erkennbar. Man vertraut in alter DDR-Manier eher dem Staat als den Eltern. Das ist marxistisches Denken, denn Marx und Engels forderten schon, dass der Staat so früh wie möglich die Erziehung zu übernehmen habe, damit die Frauen wieder in die Produktion zurück könnten.

Die Kostenfrage ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn, wie das Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung in Köln in einer Studie von Vera Bünnagel und Barbara Henman (Mai 2007) richtig schreibt, darf „die Finanzierbarkeit nicht durch den willkürlichen Ausschluss einiger Familienmodelle von der Förderung hergestellt werden“. Dies aber geschieht. Die Studie erklärt: „Wenn die Förderung von Familien erklärtes politisches Ziel ist, müssen alle Familien einheitlich gefördert werden. Einheitlich heißt unabhängig vom gelebten Familienmodell und der gewählten Form der Betreuung. Die einseitige Subventionierung institutioneller Betreuung in Kinderkrippen hingegen diskriminiert Kinder, die zu hause oder in anderen, nicht förderberechtigten Organisationsformen betreut werden. Vor diesem Hintergrund wäre aus ordnungspolitischer Sicht die Forderung des Familienverbandes zu unterstützen, allen Eltern einen einheitlichen Geldbetrag zur Verfügung zu stellen, den sie eigenverantwortlich entweder zum Einkauf einer Betreuungsform ihrer Wahl oder zur Abmilderung eines Einkommensausfalls bei selbst organisierter Betreuung verwenden können. Dies entspräche einer Erhöhung des Kindergeldes für die ersten drei Lebensjahre oder einer Ergänzung des Kindergeldes um ein Betreuungsgeld.“

Auszug aus Kapitel VI aus „Die verratene Familie“ von Jürgen Liminski (erschienen im Sankt-Ulrich-Verlag Augsburg; 2007; ISBN 978-3-86744-025-7)